

Mag. Elisabeth Jakob

Lehrerin am BG/BRG

Dr. Schauer Straße 5

4600 Wels

Neuhofen, 20.9.2013

Stellungnahme zum Begutachtungsentwurf zum neuen Lehrerdienstrecht (Dienstrechts-Novelle 2013 – Pädagogischer Dienst)

Nach ausführlicher Auseinandersetzung mit dem vorgelegten Begutachtungsentwurf schließe ich mich vollinhaltlich den Einwänden der AHS-Gewerkschaft an!

Besonders hinweisen möchte ich auf drei Punkte:

Im vorliegenden Entwurf gibt es keinen Hinweis auf die Einstellung von **Unterstützungspersonal**, was von LehrerInnen schon jahrelang gefordert wird. Ein gutes Arbeiten mit den SchülerInnen wäre durch die Zusammenarbeit mit SozialarbeiterInnen, PsychologInnen, sowie mit zusätzlichem Personal im administrativen Bereich deutlich zu fördern. Es kann z.B. nicht sein, dass für 6000 SchülerInnen nur 1 (!!!) SchulpsychologIn zur Verfügung steht.

Mit der **Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung** auf 24 Wochenstunden ist naturgemäß eine enorme Ausweitung der Arbeitszeit verbunden. Da meine Arbeitswochen auch jetzt schon über das übliche Maß hinaus gefüllt sind, kann die Ausweitung der Arbeitszeit und der Anzahl der zu betreuenden SchülerInnen nur eine Qualitätsminderung – nämlich z.B. hinsichtlich der Förderung der konkreten einzelnen SchülerInnen – bedeuten. Dies ist für unsere SchülerInnen absolut abzulehnen und widerspricht natürlich auch dem Prinzip der individuellen Förderung und Differenzierung, das derzeit von Dienstgeberseite gefordert wird!

Ich bin momentan als Schüler- und Bildungsberaterin tätig. Im derzeitigen System wird mir dies im gleichen Umfang wie ein Kustodiat abgegolten. Nachdem es im neuen System keine Vergütung von Kustodiaten geben wird und auch bei den einrechenbaren Wochenstunden die Schüler- und Bildungsberatungstätigkeit nicht vorkommt, wird diese Tätigkeit wohl ersatzlos verschwinden. Also: kein Unterstützungspersonal (v.a. keine zusätzlichen Schulpsychologen) und auch keine Schüler- und BildungsberaterInnen mehr. Dies ist grob fahrlässig und richtet sich

gegen viele SchülerInnen, die qualifizierte, über Unterrichtstätigkeit hinausgehende, Betreuung benötigen.

Die Ideen zum **Berufseinstieg** für neue KollegInnen sind absolut realitätsfremd und laufen letztendlich darauf hinaus, die LehrerInnen schon in den ersten Dienstjahren permanent zu überfordern. Eine volle Lehrverpflichtung, Hospitationen und die Absolvierung von Induktionslehrveranstaltungen sollen mit der berufsbegleitenden Absolvierung eines Master-Studiums verknüpft werden. Wer kann das leisten? Hat schon jemand darüber nachgedacht, wie z.B. ein Masterstudium von einer Lehrerin unter diesen Umständen geschafft werden soll, die beispielsweise in Schärding unterrichtet? Man wird ja nicht davon ausgehen, dass alle JunglehrerInnen in den Universitätsstädten angestellt werden!?